Carla Boulboullé

Die Bedingungen für den „politischen Kurswechsel“

Dramatische Verluste für die CDU und fast überall erneute Verluste für die SPD in den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen, im Saarland und in den Kommunalwahlen in NRW.

Das ist eine klare Absage an die Politik der Großen Koalition.

Einer Politik, die Milliarden an die Banken und Spekulanten ausschüttet und die Lasten auf die arbeitende Bevölkerung abwälzt; einer Politik, die trotz Kurzarbeit 500.000 ArbeitnehmerInnen in der ersten Hälfte dieses Jahres der Arbeitslosigkeit und viele von ihnen Hartz IV ausgeliefert hat.

Die Absage an die SPD durch die Wahlverweigerung der Arbeitnehmer-Wählerbasis oder auch durch ihre vermehrte Protestwahl für Die Linke zeigt sich am ausgeprägtesten im Saarland, wo die Wahlbeteiligung stark gestiegen ist. Hier hat Lafontaine mit dem Wahlversprechen sozialer Korrekturen massiv sozialdemokratische WählerInnen für die Stimmabgabe für die Linke mobilisieren können.

„Wir sind wieder da“: für die Steinmeier und Müntefering sind die Verluste der CDU und die erneuten Verluste der SPD ein Grund, den „guten Wahlsonntag“ zu feiern. Denn es sei gezeigt worden: „Schwarz-Gelb ist nicht gewollt in diesem Lande.“ Auf der Grundlage der CDU-Verluste und des Niedergangs der SPD (wieder unter 20% in Thüringen und nur knapp über 10% in Sachsen) feiern sie, die sich für die beiden Wahlverlierer eröffnende Chance, die Große Koalition auch nach dem 27. 9. fortzusetzen, und zwar unter der Bedingung eines noch verschärften Krisendiktats mit noch brutaleren Schlägen gegen Arbeitsplätze und die arbeitende Bevölkerung.

Das erinnert an 2004, als eine Wahlniederlage von SPD wie CDU sich als die Möglichkeit erwiesen hat, die Schröder-Politik, die gerade abgewählt worden war, in einer Großen Koalition unter Merkel fortzusetzen.

Auffallend ist, dass bei allen Parteien die Krise im Wahlkampf nicht vorkommt. Sie setzen „einen neuen historischen Maßstab für Betrug am Wähler“, schreibt Olaf Henkel, ehem. BDI-Präsident:

„Das Füllhorn der Kurzarbeit wurde so terminiert, dass die unausweichliche Entlassungswelle erst nach der Wahl über uns hereinbrechen wird, dann aber mit umso größerer Wucht... Die Gesundheitsreform wird den Wahltermin gerade mal so überstehen. Entsprechendes gilt für alle ande-

ren Sozialversicherungssysteme“, so Olaf Henkel (»Handelsblatt« vom 24. 8. 09).

Die Milliarden-Staatsverschuldung für die Rettung der Spekulanten setzt die Zerstörung der Sozialsysteme auf die Tagesordnung, der Öffentlichen Daseinsvorsorge, die Zertrümmerung der noch erhaltenen Grundpfeiler des Sozialstaats.

Die Führungsspitze der SPD, die Steinmeier, Müntefering und Steinbrück, tut alles, um die SPD wieder in die Große Koalition zu bringen und sie diesem Programm zu unterwerfen.

Deshalb dürfen in Thüringen wie im Saarland keine Regierungen entstehen, die sich dem von der Wählermehrheit geforderten wirklichen politischen Wechsel verpflichten. Für Thüringen torpediert Müntefering mit der ultimativen Erklärung nach der SPD-Präsidentsitzung am 31. 8. selbst die Bildung einer Linke-SPD-Regierung: „Wir werden einen Ministerpräsidenten der Linken nicht wählen. Wir wollen den Ministerpräsidenten stellen.“

SPD und die Linken treten im Saarland für ein Programm des politischen Wechsels im Sinne sozialer Korrekturen an, für die Verteidigung der Arbeitsplätze, der Krankenhäuser, Schulen und Kitas, für das Nein zur Privatisierung der Öffentlichen Daseinsvorsorge, für das Nein zu Studiengebühren... Eine SPD-geführte Regierung im Saarland hat alle Möglichkeiten, um die Unterstützung der arbeitenden Bevölkerung für eine solche Politik zu mobilisieren. „Wir wollen dafür sorgen, dass es diesen Politikwechsel gibt, für den es eine Mehrheit gibt“, fordert der saarländische SPD-Spitzenkandidat Heiko Maas am Wahlabend.

Doch das prallt zusammen mit der Politik der Großen Koalition, die Milliarden zur Rettung der Spekulanten gibt und damit die öffentlichen Haushalte in eine Verschuldung treibt, die nach der Wahl den sozialen Kahlschlag auf allen Ebenen, in Bund, Ländern und Kommunen diktiert wird. Und das prallt zusammen mit der SPD-Führungsspitze, die sich dieser Politik verschrieben hat.

Nur durch die „radikale Umkehr dieser Politik“, wie es von z.B. von ver.di (»publik«, September 09) verlangt wird, wird eine Politik zur Wiederherstellung des Sozialstaats möglich.

Ein „radikaler politischer Kurswechsel“, das heißt: „Moratorium in Sachen Entlassungen“, wie es die IG Metall fordert, ein wirkliches Moratorium, das Entlassungen verbietet. Das heißt: Betriebe, die Entlassungen planen, müssen unter

staatlichen Schutz gestellt werden, mit dem Ziel des Erhalts aller Arbeitsplätze und der Produktion. Das heißt: Entscheidung für die Rückführung der Milliarden, die den Banken und Spekulanten gegeben wurden, zur Befreiung der öffentlichen Haushalte, auch der Länder und Kommunen aus dem „Würgeband der Verschuldung“ (ver.di).

Wird die SPD mit Heiko Maas und Ottmar Schreiner im Saarland zu diesem Kampf für den wirklichen politischen Kurswechsel, für die Befreiung von dem Diktat des SPD-Führungstrios, bereit sein?

Wird Die Linke dazu bereit sein, deren Ankündigungen einer Politik der sozialen Korrekturen in Berlin in der Umsetzung der Politik der Großen Koalition, der Arbeitsplatzvernichtung, des Sozialabbaus und der Privatisierung endet?

Doch wie soll ein politischer Kurswechsel auf Bundesebene für ein Sofortprogramm zum Schutz der arbeitenden Bevölkerung und Jugend vor der zerstörerischen Krise durchgesetzt werden?

Die Konsequenz, die das Führungstrio der SPD aus den letzten Wahlergebnissen zieht, setzen umso mehr auf die Tagesordnung, dass ein wirklicher politischer Kurswechsel nur möglich wird, wenn der Unterwerfung der SPD unter die Politik der Steinmeier, Müntefering und Steinbrück durch die Erhebung der Arbeitnehmerwählerbasis, der SPD-Mitglieder, ein Ende gesetzt wird.

Dass die Kraft dazu existiert, wurde gerade im Saarland demonstriert, wo die sozialdemokratischen Arbeitnehmerwähler in Scharen mit ihrer Stimmabgabe für Oskar Lafontaine gegen die SPD-Politik in der Großen Koalition rebellierten.

In einem Beitrag für die bundesweite Versammlung am 12. 9. in Köln heißt es:

„Es gibt nur eine einzige Regierung, die solche Maßnahmen ergreifen könnte. Das ist eine SPD-Regierung mit einer SPD, die selbstverständlich mit der Politik der Schröder-Müntefering-Steinbrück-Steinmeier gebrochen haben muss. Eine SPD, die sämtliche Lehren aus ihrer Beteiligung an der Regierung der Großen Koalition gezogen haben muss und die sich vor dem Volk darauf verpflichten würde, als erste Maßnahme ihres Sofortprogramms ein ‘Moratorium in Sachen Entlassungen’ zu verkünden... Eine solche Regierung könnte sich auf die Arbeiter und auf die Jugend stützen und auf die organisierte Kraft des DGB...“